

Der Teufel an der Wand

AfD in Sachsen-Anhalt plant Neubesetzung von Behördenposten im dreistelligen Bereich. Katholische Bischöfe erklären Partei für unwählbar

Von Kristian Stemmler

Die AfD will ausmisten. Im Fall einer Regierungsübernahme in Sachsen-Anhalt plant die Rechtsaußenpartei, »150 bis 200 Stellen« in der Landesverwaltung neu zu besetzen, wie Spitzenkandidat Ulrich Siegmund gegenüber der *Mitteldeutschen Zeitung* (Freitag) erklärte. Entsprechende Pläne gebe es bereits. Demnach geht es nicht nur um die höheren Posten für Minister oder Staatssekretäre, sondern auch um Leiter auf der Arbeitsebene der Ministerien oder Behördenchefs. Wenn versucht werden sollte, die Arbeit der Partei »aktiv zu blockieren, müssen wir natürlich Maßnahmen ergreifen«, rechtfertigte Siegmund das Vorhaben.

Kein Wunder also, dass sich angesichts des anhaltenden Höhenflugs der AfD in Umfragen die katholische Kirche genötigt sieht, zunehmend kritische Worte zu verlieren – und die eigene Zugehörigkeit zum Lager der »Demokraten« zu bekräftigen. So warnte der Berliner Erzbischof Heiner Koch anlässlich des Katholikentags, der am Donnerstag in Würzburg begann und bis zum Sonntag andauert, vor einem Wahlsieg der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern im September. »Mein Problem ist das grundsätzliche Menschenbild dieser Partei«, sagte Koch dem *Tagesspiegel* (Donnerstag).

Fremdenfeindliche und menschenverachtende Positionen, wie die AfD sie vertrete, seien mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar, erklärte der Erzbischof weiter. Die Partei wolle sogar einen anderen Staat. Für die Katholiken sei die wichtigste Botschaft das Evangelium, »die Liebe Gottes zu jedem einzelnen Menschen«. Damit seien völkischer Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Demokratiefeindlichkeit oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit »nicht vereinbar«, erklärte Koch.

Auch der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, der Hildesheimer Bischof Heiner Wilmer, positionierte sich gegen die AfD. Im *ZDF-»Morgenmagazin«* begründete er das am Freitag mit der biblischen Botschaft. Es gehe im Evangelium darum, offen zu sein für Menschen, die ein Herz hätten »für die Bedrängten«. Es könne »nicht darum gehen, Menschen auszugrenzen«, sagte Wilmer. Es gelte, klare Kante zu zeigen gegen Extremismus und Parolen, die an die »dunkelste Vergangenheit« erinnerten.

Dass sich die Kirchen politisch äußern dürfen, stehe für ihn außer Frage, betonte der Bischof. »Kirche kann gar nicht anders als politisch sein, weil das

Evangelium Politik pur ist«, sagte er. Jesus Christus sei im Namen Gottes für alle Menschen dagewesen. Sie müsse sich nicht parteipolitisch und tagespolitisch äußern, »aber Kirche muss Anwältin sein«, führte Wilmer in Würzburg aus und nannte als Beispiel das Eintreten für Klima- und Umweltschutz.

Bei Bundestagspräsidentin Julia Klöckner dürfte Wilmer mit diesen Äußerungen nicht auf viel Gegenliebe stoßen. Die CDU-Politikerin, die am Freitag auf dem Katholikentag auftreten wollte, hatte zuvor gegenüber der *Augsburger Allgemeinen* (Freitag) ihr Mantra wiederholt, die Kirchen sollten sich nicht in die Politik einmischen. »Klar kann Kirche politisch sein«, behauptete Klöckner, schränkte aber zugleich ein, die Kirchen sollten sich nicht in die Tagespolitik einmischen.

Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier warnte auf dem Katholikentag vor Strömungen oder Parteien, die am System rüttelten. Erklärtes Ziel des Events, das vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) organisiert wird, ist die Stärkung der Demokratie. Die Veranstaltung mit rund 30.000 Dauerteilnehmern steht unter dem biblischen Motto »Hab' Mut, steh auf!«. Die AfD wurde nicht eingeladen.

Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann hat seine Partei unterdessen vor »jeglicher Art« von Kooperation mit der AfD gewarnt und bediente sich dazu besonderer Dramatik. So wäre dies »gleichbedeutend mit dem Ende der CDU«, sagte er der *Zeit* vom Donnerstag. Viele Mitglieder, die er kenne, »wären dann nicht mehr in der Partei«, befürchtete Laumann. Auch er würde »postwendend« die CDU verlassen. Laumann warnte vor einer absoluten Mehrheit der AfD in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern: »Es wäre eine tiefe, eine unfassbar schlimme Zäsur für die ganze Bundesrepublik.« Ob die Parteikollegen vor Ort allerdings auf Laumann hören und der AfD konsequent die kalte Schulter zeigen werden, ist angesichts der großen inhaltlichen Überschneidungen mehr als fraglich.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522631.kirchenvertreter-warnen-vor-afd-der-teufel-an-der-wand.html>